

## HAUSHALTSREDE

Alexander Throm MdL - Vorsitzender der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

den letzten Doppelhaushalt haben wir auf dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise beraten und die Verwaltung hatte uns die reinsten Horrormeldungen über die Weiterentwicklung des Haushaltes verkündet. Heute ist die Wirtschafts- und Finanzkrise weitestgehend überwunden. Wir haben in den vergangenen 1 ½ Jahren eine Hochkonjunktur, natürlich auch mit Nachholeffekten, erlebt. Die Horrormeldungen sind nicht eingetroffen. Der Gemeinderat hat in seiner großen Mehrheit die letzten 2 Jahre Kurs gehalten und Recht behalten.

Heute befinden wir uns mitten in der nächsten Krise, der Eurokrise. Beides Krisen, die mehr oder weniger von außen auf uns zugekommen sind, beides Krisen, auf die wir selbst deutschlandweit nur bedingt Einflussmöglichkeiten haben. Anders als vor 2 Jahren, sind wir als Deutsche jedoch direkter, unmittelbarer betroffen, da es unsere Währung ist, die in Frage gestellt wird. Insofern halte ich persönlich die Gefahren für Deutschland als wirtschaftsstärkste Kraft in Europa und die Abhängigkeit von Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Irland für größer als vor 2 Jahren.

## **„In guten Jahren werden Haushalte ruiniert“**

Unter diese Überschrift möchte ich meine heutige Haushaltsrede stellen.

### **In guten Jahren werden Haushalte ruiniert.**

Bei den letzten Haushaltsplanberatungen gingen wir von schlechten Jahren, von schlechten Steuereinnahmen, einer schlechten konjunkturellen Entwicklung aus. Wir haben im besten Wortsinne konservativ kalkuliert und können heute nach einer Bilanz dieser beiden Jahre sagen: Es ist besser geworden, als gedacht. Wir hatten höhere Steuereinnahmen. Wir konnten sogar Schulden abbauen, aber nach wie vor haben wir ein strukturelles Defizit im Verwaltungshaushalt. Die Chance in schlechten Jahren den Haushalt zu konsolidieren, auch unbequeme Sparmaßnahmen zu ergreifen, diese Chance hat die Verwaltung vertan. Es gab kein Drängen, kein Handeln, nahezu nichts!

Und wie sieht der Haushaltsplanentwurf der nächsten Jahre aus?

Ich sage es nochmals:

### **In guten Jahren werden Haushalte ruiniert.**

Die Verwaltung rechnet in den nächsten Jahren und der Finanzplanung bis 2016 mit hohen, ja höchsten Steuereinnahmen. Gleichzeitig soll sich der Schuldenstand von 35 um 60 Mio. auf 95 Mio. Euro erhöhen. Dies ist fast eine Verdreifachung. Und all dies bei Verbrauch von mehr als 50% unserer Rücklagen.

Darüber hinaus erklärt uns die Verwaltung, dass der Schuldenstand entsprechend der Finanzplanung bis zum Jahr 2016 das 6-fache betragen soll wie heute, nämlich 211 statt 35 Mio. Euro. Und dann sind die richtig teuren Jahre vor und während der Bundesgartenschau, nämlich 2017, 18 und 19 noch gar nicht berücksichtigt. Und dabei geht die Verwaltung durchgehend bis zum Jahr 2016 von hohen, ja höchsten Steuereinnahmen ohne jegliche möglich konjunkturelle Eintrübungen aus.

Dies sind die Kernzahlen des Haushaltsentwurfs 2012/2013, wobei die dramatische Entwicklung im Bereich der Schuldenentwicklung und des Rücklagenverbrauchs vor allem im Jahr 2013 ansteht.

**Eine solche Entwicklung kann ich, kann die CDU sehenden Auges nicht mitgehen. Dies ist kein Haushaltsentwurf, jedenfalls für das Jahr 2013, welcher unsere Zustimmung finden kann. Wir werden sehenden Auges keine Versechsfachung der Verschuldung in Kauf nehmen. Es ist Zeit, die Notbremse zu ziehen.**

Deshalb habe ich die letzten 2 Wochen Gespräche mit der Verwaltungsspitze, der Kollegin Mösse-Hagen sowie dem Kollegen Weinmann geführt und wir konnten einen Konsens darüber finden, dass in diesem Fall ausnahmsweise nur ein einjähriger Haushalt für das Jahr 2012 aufgestellt werden soll. Einen entsprechenden gemeinsamen Antrag, auch mit der Fraktion der Grünen und der Freien Wähler, haben wir heute eingereicht.

Es gibt also für diese äußerst wichtige Frage für den Haushalt der Stadt Heilbronn einen großen parteiübergreifenden Konsens im Gemeinderat. Ich möchte mich bei allen für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Warum ist ein einjähriger Haushalt hier und heute das richtige Werkzeug, um die Entwicklung in den Schuldenhaushalt zu stoppen?

Anders als vor 2 Jahren, wo wir ausschließlich von externen Faktoren und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung abhängig waren, geht es bei der Frage, ob und was wir uns leisten, ausschließlich um eigene Entscheidungen. Wir haben es selbst in der Hand.

Maßgeblicher Kostentreiber in den Haushalten und der Finanzplanung ist der Neckarbogen und die Bundesgartenschau. **Hier ist das Jahr 2012 das Jahr der Entscheidungen.**

Von den Entscheidungen, welche wir im nächsten Jahr treffen, hängt ganz maßgeblich die weitere finanzielle Entwicklung bis zum Jahr 2019 und darüber hinaus ab. Es macht deshalb keinen Sinn, ohne diese vorhergehenden Entscheidungen einen Haushalt 2013 leichtfertig aufzustellen. Dieser Haushalt 2013 kann gar nicht dem Grundsatz der Wahrheit und Klarheit entsprechen, weil wesentliche Punkte – und zwar in Millionenhöhe – heute noch gar nicht bekannt sind.

Und im Jahr 2012 muss das Land Baden-Württemberg uns sagen, mit welchen Zuschüssen wir seitens des Landes für die BuGa rechnen können.

Wir als Gemeinderat müssen klären, was wir in der BuGa tatsächlich machen und welche Bereiche der BuGa wir eben nicht machen, nicht machen können und letztlich steht am Ende des Jahres 2012 in Kenntnis all dieser Fakten die Entscheidung an, ob wir die BuGa überhaupt machen können. Ich betone das Wort „können“, oder ob wir die BuGa zurückgeben. Das Jahr 2012 ist das Jahr der Entscheidungen.

Und um es noch deutlicher zu sagen:

Wir, die CDU in Heilbronn, will die Bundesgartenschau 2019. Die Bundesgartenschau 2019 ist die Chance einer Stadterneuerung, ist die Chance, einen neuen zukunftsorientierten Stadtteil zu errichten und städtebauliche Wunden aus der Industrialisierung und dem 2. Weltkrieg zu heilen.

Herr Oberbürgermeister, Sie wissen, dass wir von Anfang an dafür waren. Ich kann mich noch an Ihren Anruf erinnern, als Sie mich über die Idee, sich um die BuGa zu bewerben, informiert haben und den Hinweis gegeben haben, hierfür die Rücklagen im Zukunftsinvestitionsprogramm aus den ZEAG-Erlösen verwenden zu wollen. Ohne zu zögern, habe ich noch im Telefonat die Bereitschaft dazu und die Unterstützung für dieses Vorhaben erklärt und seither waren wir immer diejenigen, welche die Verwaltung gedrängt haben, die BuGa nicht durch die Verzögerung im Zeitplan zu gefährden. **Wir wollen die Bundesgartenschau 2019.**

**Aber wir wollen die Bundesgartenschau nicht um jeden Preis.**

Lassen Sie mich deutlich erklären:

Die CDU wird eine Bundesgartenschau nicht um den Preis einer ausufernden Verschuldung mittragen. Einer Verschuldung, die dazu führt, dass die Generationen nach uns, die ab 2020 ff., dann gestalten, nur noch die Schulden der BuGa abtragen können und sich nur daran erinnern, dass ja da irgendwann mal eine große Sause am Neckarbogen stattgefunden hat.

Denn es gilt das, was wir von Anfang an gesagt haben:

**Der neue Stadtteil, ob er Neckarvorstadt oder Neckarbogen heißt, der wird kommen. Die Frage ist nur, in welcher Zeit.**

Die Bundesgartenschau bietet lediglich die Chance, diesen neuen Stadtteil innerhalb relativ kurzer Zeit zu verwirklichen. Und es gilt, alle miteinander im nächsten Jahr, um diese Chance zu kämpfen.

1.

Das gilt in allererster Linie zunächst einmal in Richtung Landesregierung. Wir brauchen für die Bundesgartenschau, zur Verwirklichung dieses Stadtentwicklungsprojektes, eine angemessene und zukunftsorientierte Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg. Und es geht mir hierbei nicht darum, parteipolitischen Profit zu schlagen.

Eine Bundesgartenschau in einer relativ kleinen Stadt wie Heilbronn – im Vergleich zu den viel größeren Städten Mannheim und Stuttgart – braucht eine verhältnismäßig viel größere Förderung

durch das Land, als diese großen Städte sie gehabt haben. Und wenn das Land das umsetzen will, was im Koalitionsvertrag steht und in vielen Reden vom Ministerpräsidenten gesagt wird, eine energetisch und ökologisch zukunftsorientierte Politik zu machen, dann muss gerade ein neuer zukunftsorientierter Stadtteil wie der Neckarbogen eine besondere Förderung erhalten. Und deshalb erwarte ich, dass Heilbronn mindestens so behandelt wird, wie das in Koblenz in Rheinland-Pfalz der Fall war. Hier hat das Land in die Bundesgartenschau direkt und indirekt 100 Mio. Euro Zuschuss gegeben. Dies muss in einem Land wie Baden-Württemberg, das doppelt so groß ist, wie Rheinland-Pfalz bedeuten, dass wir mindestens 200 Mio. Euro Zuschuss vom Land erwarten können. Das ist die Messlatte, an welcher sich die Landesregierung messen lassen muss.

Und dazu wäre ich auch bereit, zu signalisieren, dass sich Heilbronn nach 2019 bei Landesmitteln für Infrastrukturprojekte, insbesondere im Straßenbau, mal eine lange Zeit hinten anstellen würde. Insofern also das Land auch ein Stück weit den Weg, Investitionen vorzuziehen, mitgeht.

2.

Aber ein Landeszuschuss, egal wie hoch er sein wird, genügt nicht, um die BuGa zu ermöglichen. Vielmehr müssen wir, Verwaltungsspitze, planende Ämter und Gemeinderat die BuGa vom Kopf auf die Füße stellen. Die BuGa ist bis heute ein reines Kopfprodukt mit vielen tollen, ja genialen Planungsideen. Wer meint, man könne diese Planungsideen 1 : 1 umsetzen, ohne jegliche Abstriche, der sorgt dafür, dass die Pläne Pläne bleiben.

Ich habe nicht das Gefühl, dass dies insbesondere im Baudezernat auch nur ansatzweise verstanden wurde. Dort wird an der finanziellen Realität vorbeigeplant.

Ich appelliere insofern insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats mitzumachen, wenn es darum geht, in den nächsten Wochen und Monaten die Straßenbauprojekte auf Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit zu überprüfen, insbesondere, ob die neuen Straßenbauprojekte, welche noch nicht weit in der Planung sind, alle zwingend bis 2019 durchgeführt werden müssen.

Und ich appelliere an uns, dass wir nicht wie die kleinen Kinder mit leuchtenden Augen vor dem Weihnachtsbaum stehen bei all den schönen Projekten, welche in den Plänen drinstehen. Wir sollten und müssen klären, welche zwingend für den Neckarbogen und den neuen Stadtteil erforderlich sind und welche herausgestrichen werden können. Die CDU-Fraktion hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass wir die Fläche, welche als planerische Grundlage an die BuGa-Gesellschaft gemeldet wurde, für viel zu groß halten. Insofern müssen wir vielleicht auch die eine oder andere Fläche aus den Planungen der BuGa, welche nicht unmittelbar damit zusammenhängt, herausstreichen.

3.

Wir müssen eine allgemeine Zurückhaltung üben, auch bei Themen, welche nicht unmittelbar mit der Bundesgartenschau und dem neuen Stadtteil zusammenhängen. Ich habe das Gefühl, manche meinen hier auf dem Rathaus, sie müssten die Stadt neu

erfinden. Dies ist weder notwendig, noch möglich. Sätze, wie die des Baubürgermeisters: „Heilbronn wird dann eine moderne Stadt sein“ sind verräterisch und offenbaren eine falsche Sicht auf diese Stadt. Nein: Wir sind bereits eine moderne Stadt. Aber wir können noch moderner werden. Wir können bis 2019 die Stadt nicht an allen Ecken und Enden aufgraben und neue Projekte beginnen. Eine Konzentration ist notwendig.

Was machen wir bisher?

Wir machen die Stadtbahn Nord mit sehr umfangreichen und teuren Begleitprojekten, ohne jegliche Einsparung, wir machen den Kiliansplatz, die Sanierung des Frankenstadions, die Untere Neckarstraße, den Bereich um die Experimenta und vieles vieles mehr. Und all das zu hohen, ja jöchsten Kosten. Frei nach dem Metzger-Motto: Darfs ein bisschen mehr sein?

Ich kann keine Sparsamkeit in einzelnen Projekten erkennen. Im Gegenteil: Die Kostenanmeldungen, welche insbesondere beim Hoch- und Tiefbau eingehen, sind jeweils am oberen Ende dessen und mit höchster Qualität. Das kann man tun. Nur wenn wir die BuGa wollen, dann müssen wir auch an anderen Projekten kürzer treten und können uns nicht jeweils das teuerste leisten.

Deswegen werden wir beispielsweise bei dem Antrag der Verwaltung, jetzt den Stadtgarten zu sanieren, nicht mitgehen. Denn erstens will die CDU nach wie vor einen Investor für ein Kongresshotel im Bereich der Harmonie gewinnen und zweitens wollen wir im Rahmen der BuGa viele neue Parkanlagen gestalten, so dass wir jetzt nicht auch noch am Stadtgarten anfangen können.

Dasselbe gilt für die Sanierung des Wertwiesenparks bzw. Teilen davon. Wenn die Verwaltung diese Kosten tatsächlich anmeldet, dann hat sie ihre Aufgabe nicht verstanden.

Das fehlende Verständnis der Verwaltung wird auch darin dokumentiert, dass etwa für eine reine Fahrrad- und Fußgängerbrücke in Klingenberg mit Kosten von sage und schreibe 2,8 Mio. Euro gerechnet wird. Die hierfür vorgesehenen Planungskosten von zunächst einmal 170.000,00 Euro werden wir nicht mitgehen und fordern die Verwaltung auf, über Alternativen nachzudenken.

Und dass man jetzt ernsthaft in die Planung der Neckartalstraße eintreten will und entsprechende Planungskosten beantragt, trifft völlig auf Unverständnis. Wenn wir die Saarlandstraße und die anderen Straßenprojekte auch nur ansatzweise vom Land bezuschusst bekommen, dann brauchen wir uns auf Jahre hinaus über einen Ausbau der Neckartalstraße keine Gedanken mehr zu machen.

Wir fordern deshalb die Verwaltung, insbesondere die Bauverwaltung zu mehr Sparsamkeit und zur Überprüfung ihrer angedachten Maßnahmen außerhalb der BuGa auf. Sie ist hier in erster Linie als Fachbehörde in der Verantwortung.

4.

Und schließlich ist es jetzt an der Zeit, über Einnahmeverbesserungen nachzudenken. Es wundert uns, dass die

Verwaltung dem Gemeinderat bei einer derartigen Haushaltslage keine Einnahmeverbesserungsvorschläge unterbreitet.

Richtig ist, dass wir bei den letzten beiden Haushaltsplanberatungen Steuererhöhungen als CDU abgelehnt haben. Insbesondere haben wir eine Erhöhung der Gewerbesteuer in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise abgelehnt. Heute haben wir eine ordentlich bis gute Konjunkturlage, gefüllte Auftragsbücher in Handwerk, Gewerbe und Industrie und wir sehen auf der anderen Seite die Notwendigkeit, den städtischen Haushalt strukturell und dauerhaft zu stärken. Deswegen werden wir auch als Gemeinderäte und als CDU-Fraktion unserer Verantwortung gerecht und beantragen eine Erhöhung der Gewerbesteuer um 5% oder um 20 Punkte auf 400 Punkte.

Dies wird der Stadt jährlich auf Basis der jetzt vorliegenden Gewerbesteuerschätzungen Mehreinnahmen von 3,4 Mio. Euro bringen. Wir halten dies für gerechtfertigt, da die Gewerbesteuer seit 1995, also 17 Jahre, unverändert gehalten wurde und wir uns mit einem Satz von 400 Punkten genau auf den Durchschnittssatz des Gewerbesteuerhebesatzes aller Stadtkreise in Baden-Württemberg begeben. Wir waren viele Jahre mit dem Hebesatz unterdurchschnittlich und begeben uns nunmehr auf den durchschnittlichen Satz. Wir tun dies in einer Zeit, in welcher wir annehmen können, dass es den allermeisten Unternehmen gut geht und in der Perspektive, wo wir keine starken Konjunkturunbrüche erwarten. Und wir tun dies im Wissen, dass kleine und mittlere Handwerks- und Handelsbetriebe von vornherein von der Gewerbesteuer aufgrund der Freigrenzen nicht betroffen sind.

Wir sind verwundert, dass es der Gemeinderat sein muss, der eine Gewerbesteuererhöhung einbringt und die Verwaltung selbst nicht, angesichts der Schieflage des Haushaltes in Zeiten der Hochkonjunktur, einen solchen Antrag eingebracht hat. Und deshalb verbinden wir unseren Antrag damit, dass wir dem Gemeinderat, wie bei den vergangenen Steuererhöhungen, eine Selbstbindung vorschlagen, das heißt, dass mindestens in den nächsten 5 Jahren keine weitere Gewerbesteuererhöhung stattfinden wird.

Wir sagen in diesem Zusammenhang aber auch, dass mit der CDU-Fraktion eine Grundsteuererhöhung nicht stattfinden wird. Wir halten es für gut und richtig, dass wir in Heilbronn die geringste Grundsteuer aller baden-württembergischen Stadtkreise haben. Dies sollen und müssen unsere Bürgerinnen und Bürger wissen und wir wollen diese Alleinstellung beibehalten. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger auch auf den Weg zur BuGa mitnehmen und sie motivieren, sich aktiv einzubringen und sich darauf zu freuen. Und deswegen halten wir zum jetzigen Zeitpunkt eine Grundsteuererhöhung verknüpft mit der Frage der BuGa für grob falsch. Dies zumal die letzte Grundsteuererhöhung erst im Jahr 2004 stattgefunden hat. Und eine Grundsteuererhöhung trifft alle. Sie trifft Mieter, wie Eigentümer, Private wie Gewerbetreibende und insofern wollen wir keine Doppelbelastung der Gewerbetreibenden mit Gewerbesteuererhöhung und Grundsteuererhöhung. Und wir wollen nicht, insbesondere bei Familien, eine Entlastung etwa über die Kindergartengebühr propagieren und dies dann über die Grundsteuererhöhung wieder konterkarieren. Wir haben in vielen

Bereichen immer mehr Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger im Bereich der sogenannten 2. Miete in vielen Bereichen steigende Kosten, so dass wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt hier nicht weiter steigende Kosten verursachen wollen und Kostentreiber sein wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese 4 Maßnahmen:

- Zuschuss des Landes
- kritische Überprüfung der BuGa-Pläne
- allgemeine Zurückhaltung bei anderen nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit der BuGa stehenden Projekten bis 2019 und
- eine Verbesserung der Einnahmeseite

sind unsere Antwort auf die im Jahr 2012 zu beantwortende Frage, ob wir die BuGa tatsächlich durchführen können oder nicht.

Der Gemeinderat, aber noch mehr die Verwaltung vom Ingenieur im Grünflächen-Planungs- und Straßenbauamt angefangen, über die Amtsleiter, den Baudezernenten, die Finanzdezernentin, auch den Schul- und Kulturdezernenten bis hin zum Oberbürgermeister, aber selbstverständlich auch der Gemeinderat, haben es in der Hand.

#### Saarlandstraße:

Eine Straße aber, die wir unbedingt brauchen, auch und gerade weil sie seit über 50 Jahren in der Planung war, ist die Saarlandstraße. Die CDU steht trotz aller Kritik wie seit vielen Jahren hinter dem Bau der Saarlandstraße. Wir haben auch keinerlei Verständnis, dass

das Land Baden-Württemberg sich an die getroffenen Zusagen nicht hält, die Saarlandstraße und die Süd-Ost-Umfahrung Klingenberg-Leingarten zeitnah zu bezuschussen. Das Land verhindert damit die verkehrliche Entlastung unserer Stadtteile Böckingen, Klingenberg, Frankenbach und Neckargartach und im angrenzenden Landkreis von Leingarten.

Und Achtung Böckinger aufgepasst:

Es gefährdet damit insbesondere auch das Funktionieren der bisher geplanten Verkehrslösung am Sonnenbrunnen. Denn diese Verkehrslösung geht davon aus, dass der Verkehr über die Großgartacher Straße erheblich reduziert wird. Dies geschieht aber nur dann, wenn die Saarlandstraße in allen Bauabschnitten und die Süd-Ost-Umfahrung gebaut ist.

Wir haben in den letzten Wochen aufgrund meiner Anfragen im Landtag erfahren, dass keineswegs gesichert ist, dass eine Bezuschussung der Saarlandstraße erfolgt, dass insbesondere der 3. Bauabschnitt der Saarlandstraße äußerst fraglich ist. Es war insofern falsch, seitens der Stadt Heilbronn die Saarlandstraße in Bauabschnitten zu planen und deren Bezuschussung in Abschnitten zu beantragen. Insofern ist äußerst fraglich, ob die neue Landesregierung beide Bauabschnitte quasi zeitgleich bezuschussen kann. Dies deshalb, weil die neue Landesregierung die Mittel im Bereich des Neustraßenbaus erheblich reduziert hat. Es fehlen jährlich über 35 Mio. Euro landesweit für den Straßenbau im Vergleich zur Vorgängerregierung. Eins ist aber auch klar:

Der 2. Bauabschnitt der Saarlandstraße macht verkehrlich überhaupt gar keinen Sinn ohne den 3. Bauabschnitt. Eine

verkehrliche Entlastung kann nur bei Durchführung der Gesamtmaßnahme eintreten. Deswegen hilft es überhaupt nichts, wenn wir lediglich den 2. Bauabschnitt gefördert bekämen. Wir können mit dem 2. Bauabschnitt auch nicht beginnen, ohne dass die Förderung zum 3. Bauabschnitt rechtlich definitiv abgesichert ist, denn ansonsten erhalten wir eine Investitionsruine.

Und wir können zumindest mit dem 3. Bauabschnitt nicht beginnen, bevor nicht auch mit der Süd-Ost-Umfahrung Leingarten begonnen wurde. Diese wiederum, das wissen wir auch aus den Antworten und Bestätigungen des Verkehrsministeriums, kommt frühestens im Jahr 2014/2015 in das Förderprogramm hinein. Bis zum Jahr 2014 gibt es landesweit keine einzige Neubaustraße, die gefördert wird, sofern deren Bau nicht bereits begonnen wurde. Insofern macht es auch gar keinen Sinn, wie von der Verwaltung vorgesehen, schon für das Jahr 2012 oder gar das Jahr 2013 Baumittel (nicht Planungsmittel) für die Saarlandstraße 3. Bauabschnitt in den Haushalt mit aufzunehmen. Wir werden mit Sicherheit vor dem Jahr 2014 mit dem 3. Bauabschnitt nicht beginnen können. Denn dieser führt über Leingartener Gemarkung. Mit Leingarten aber ist vereinbart, dass nur gemeinsam gebaut wird. Dies hätte auch der Verwaltung klar sein müssen. Deswegen streichen wir im Jahr im Jahr 2012 2 Mio. Euro 3. Bauabschnitt und im Jahr 2013 – dies bereits als Ankündigung – 15 Mio. Euro Baumittel. Wie gesagt, die Planungsmittel für den 2. und 3. Bauabschnitt lassen wir unverändert, ebenso die Baumittel für den 2. Bauabschnitt.

Nur damit niemand auf die Idee kommt, zu sagen, die CDU nimmt jetzt Abstand von der Saarlandstraße. Das Gegenteil ist der Fall.

Jeder, der bisher gegen die Saarlandstraße war, insbesondere Sie, meine sehr verehrten Dame und Herren der Grünen, sollten sich überlegen, was dann kommt. Die Gefahr besteht jetzt ganz konkret Dank Ihrer Landesregierung. Sie müssen den Menschen an der Saarlandstraße dann erklären, dass keine Lärmschutzmaßnahmen kommen werden. Insofern haben Sie Gelegenheit, Ihre Haltung zur Saarlandstraße nochmals zu überdenken. Denn wenn diese nicht kommt, kommt auch viele Jahrzehnte hinaus nichts – gar nichts. Das Land ist vielmehr in der Pflicht, Wort zu halten. Den Menschen entlang der Saarlandstraße und entlang der zu entlastenden Stadtteile ist das Hick Hack aufgrund eines ideologischen Paradigmenwechsels durch einen ideologisch verblendeten Verkehrsminister nicht zuzumuten.

#### SLK:

Und weil es direkt daneben liegt, möchte ich auch kurz auf die Sanierung und den Neubau der SLK-Kliniken eingehen. Wir haben vor wenigen Wochen den Neubau des 1. Bauabschnitts beschlossen. Dies ist ein wichtiger Schritt in der Gesundheitsversorgung in der gesamten Region. Und ich will nicht nur schimpfen. Der Zuschuss seitens des Landes ist ordentlich und auskömmlich. Das Verhandlungsergebnis des Oberbürgermeisters ebenso. Die Finanzierung der Stadt erfolgt über das Sondervermögen der Spitalstiftung, jedenfalls weitestgehend und ist insofern für dieses wichtige Projekt auch möglich.

Aber eines muss auch in Richtung der Verantwortlichen im Klinikum und auch in Richtung unserer Kolleginnen und Kollegen im Landkreis gesagt werden:

Ein 2. Bauabschnitt kann nur kommen ohne jegliche Mitfinanzierung des Gesellschafter Stadt Heilbronn. Es gibt angesichts der oben genannten Schieflage unseres Haushalts nicht die geringste Möglichkeit, einen 2. Bauabschnitt mitzufinanzieren. Auch hier gilt: Mehr Eigenverantwortung für die Verantwortlichen im Klinikum. Wer diesen will, muss es ohne eine Mitfinanzierung der Gesellschafter hinbekommen.

#### Theater:

Auch das Theater in Heilbronn ist uns lieb und teuer – vor allem teuer. Eine Stadt wie Heilbronn braucht Kultur, gute und vielfältige Kultur und die Leistungen unseres Stadttheaters unter dem aktuellen Intendanten Herrn Vornam werden allseits gelobt. Die Einspielergebnisse zeigen dies. Aber die Zuschüsse in das Stadttheater Heilbronn steigen jährlich kontinuierlich an. Für das nächste Jahr auf über 7 Mio. Euro durch die Stadt und nochmals rund 3 Mio. Euro durch das Land Baden-Württemberg. Über 10 Mio. Euro Subvention für das Stadttheater Heilbronn. Und es kommen nochmals über 7 Mio. Euro an Baumittel in den nächsten Jahren hinzu. Und da darf schon gefragt werden, ob es richtig ist, wenn ein weißes Hemd benötigt wird, dieses selbst zu schneiden oder ob man dies nicht bei C&A oder irgendwo anders in Heilbronn kaufen kann. Auch hier wäre eine kritischere Draufsicht, als dies bisher seitens des zuständigen Dezernenten erfolgt, dringend erforderlich.

#### Schule:

Und weil wir gerade beim Dezernat des Herrn Bürgermeister Mergel sind:

Im Schulbereich haben wir in den letzten Jahren sehr viel geleistet. Wir haben gemeinsam eine neue Haltung zu Bildung und Schule in Heilbronn entwickelt. Wir haben in vielen Schulen die Ganztagesbetreuung oder die Ganztageschule – je nachdem – eingeführt und gefördert. Wir haben eine Vielzahl von Baumaßnahmen im Schulbereich, mindestens ebenso viele Sanierungen unserer Schulgebäude durchgeführt. Die jetzt vorliegende Prioritätenliste im Schulhausbau zeigt, dass wir zwar nicht am Ende sind – das sind wir nie – aber wir haben doch die größten und dringendsten Probleme abgearbeitet. Das letzte wirklich große Problem stellt die Dammrealschule dar. Aber ich bin mir sicher, auch dort kann eine Lösung gelingen. Wir haben diesbezüglich einen entsprechenden Prüfungsantrag eingebracht.

Wir haben viel in die frühkindliche Bildung investiert, die Kindergärten und Kindertagesstätten ausgebaut und sind auf einem guten Weg, die geforderten Quoten zu erfüllen. Und wenn die Aussagen der Landesregierung stimmen, dann werden wir hierfür bald einen warmen Regen aus Stuttgart bekommen, mit dem wir unser Programm, das wir sowieso auf den Weg gebracht haben, noch leichter finanzieren können.

Wir haben den gebührenfreien Kindergarten als erste deutsche Großstadt auf Antrag der CDU-Fraktion, bei den Bürgermeistern eher widerwillig aber mit großer Mehrheit des Gemeinderates durchgesetzt und wir werden an dieser Errungenschaft für Heilbronn festhalten. Bedauerlich ist nur, dass die SPD ihr Wahlversprechen nicht erfüllen wird. Wir hätten schon erwartet, dass das Land sich an der Gebührenfreiheit, zumindest teilweise,

beteiligt. Aber auch in diesem Punkt ist die SPD, wie in vielen anderen Bereichen beim Koalitionsvertrag, nur 2. Sieger geblieben.

Wir hatten in den letzten Jahren einen großen Konsens im Bereich der Bildung vom Kindergarten über die Grundschule bis hin zu den weiterführenden Schulen in Heilbronn. Dies hat Heilbronn einen Spitzenplatz in ganz Baden-Württemberg eingebracht und viele schauen nach Heilbronn. Dies ist auch landesweit bekannt. Aber dieser große Konsens und damit der Spitzenplatz ist in Gefahr. Ich warne ausdrücklich davor, wegen kurzfristiger, ideologischer Maßnahmen, auch wegen dem Antrag einer Schule, diesen großen Konsens aufzukündigen. Ich glaube, dass der Schulstandort Heilbronn bei den aktuell anstehenden Diskussionen mit der Fritz-Ulrich-Schule viel zu verlieren hat, nämlich den großen Konsens in der Schulpolitik quer über alle Fraktionen. Und das wegen einem höchstens auf 5 Jahre angelegten Experiment. Dies, Herr Bürgermeister Mergel, müssen Sie sich gut überlegen, ob Sie dieses Risiko eingehen möchten.

Und letztlich gibt es auch einen Punkt, in dem wir verärgert sind, da die Vorgaben des Gemeinderates im Bildungsbereich von der Verwaltung nicht umgesetzt wurden. Dies war nämlich, im Bereich von Schule und Bildung trotz aller SpARBEMÜHUNGEN eben gerade nicht zu sparen. Und es galt und gilt auch für den Bereich der Lehr- und Lernmittel. Und immer wieder wurde Kritik von Lehrern und Eltern an uns herangetragen, dass Lehr- und Lernmittel nicht ausreichen würden. Ich habe jeweils darauf verwiesen, dass wir dabei nicht gekürzt haben. Erst eine vertiefende Nachfrage und ein Vergleich mit anderen Städten und Gemeinden hat gezeigt, dass

auch hier in den letzten Jahren eingespart wurde und sei es über die globale Minderausgabe. Viele, jedenfalls die großen Fraktionen haben immer darauf hingewiesen, dass dies nicht der Fall sein darf. Insofern ist die Verärgerung groß. Wir beantragen deshalb, für das Jahr 2012 ein Sonderprogramm Lehr- und Lernmittel von zusätzlichen 10,00 Euro je Schüler, so dass jede Schule frei darüber entscheiden kann, wie sie dieses Geld, das sie pro Schüler erhält, ausgeben kann. Und wir sollten uns den Bereich der Lehr- und Lernmittel einmal ansehen und dieses auch ins Verhältnis zu anderen Zahlen setzen. Die Lehr- und Lernmittel sollen im Jahr 2012 zusammen knapp 2 Mio. Euro betragen für rund 20.600 Schüler im Stadtkreis, also rund 100,00 Euro je Schüler je Jahr.

Nur um mal ein Verhältnis zu bekommen:

Für das Stadttheater Heilbronn geben wir ohne Bauinvestitionen pro Jahr das 5-fache aus. Dies möge einmal jeder für sich bewerten.

Wir wollen, dass wir auch bei den Lehr- und Lernmitteln Spitze in Baden-Württemberg sind und unsere Schulen gut ausgestattet sind.

Und Herr Oberbürgermeister, lassen Sie mich, bevor ich ganz zum Abschluss komme, ein Thema ansprechen, welches mit Zahlen und Geld in erster Linie nichts zu tun hat.

Es ist die Arbeit der Verwaltung in den Ämtern. Und wir müssen feststellen, dass in den letzten Monaten die Fehlerhäufigkeit auf dem Rathaus, insbesondere im Baudezernat zugenommen hat. Das geht los über fehlende Informationen über Schreiben des

Verkehrsministeriums, über falsche Ausfertigung von Bebauungsplänen beispielsweise bei der Saarlandstraße, aber auch nachher haben wir noch ein entsprechendes Thema auf der Tagesordnung. Die Verwaltung macht sodann eine Ausschreibung über Gas- und Stromlieferung, ohne dem Gemeinderat daran zu beteiligen, ohne alle Wege auszuschöpfen, eine derartige Ausschreibung nicht durchzuführen mit der Folge, dass das Gas jetzt von einem Frankfurter Unternehmen und nicht von unserer Tochter geliefert wird. Und wie ich jetzt erfahren habe, beziehen wir auch unser Streusalz nicht etwa von unserer eigenen Tochter SWS, sondern über irgendeine Einkaufsgenossenschaft von weiß Gott woher im Ausland. Aber dafür wollen wir hier für 450.000,00 Euro ein teures Salzlager bauen. Das wollen wir verhindern. Das verstehen wir nicht mehr.

Ich denke, hier geht es nicht nur um eine Rechtsfrage, sondern auch um die Frage, welches Verständnis von der Stadt und von dem Konzern Stadt Heilbronn in den Amtsstuben, aber auch bei den Dezernenten herrscht.

Wir haben deshalb beantragt, dass zukünftig die Gaslieferung über ein sogenanntes In-House-Geschäft erfolgen soll. Auf diese Idee hätte auch die Verwaltung kommen können. Die CDU-Fraktion steht zu HVG und Stadtwerke und allen anderen städtischen Beteiligungen. Es mögen unterschiedliche Rechtsformen sein, über welche die Stadt Heilbronn ihre Aufgaben, insbesondere der öffentlichen Daseinsvorsorge erbringt. Gleichwohl gehört alles zum Konzern oder zur Familie Stadt Heilbronn dazu und es wäre wichtig,

dass nicht gegeneinander, sondern miteinander gearbeitet wird und dass alle an einem Strang ziehen.

In diesem Sinne möchte ich mich namens der CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit recht herzlich bedanken. Wir wissen diese zu schätzen.

Deshalb beantragen wir auch für das nächste Jahr die Wiederbesetzungssperre aufzuheben. Das Werkzeug der Wiederbesetzungssperre ist eine Notmaßnahme für Zeiten, in denen die Einnahmen wegbrechen. Dies haben wir gerade im nächsten Jahr nicht. Der Haushalt ist aus anderen Gründen in Schieflage. Dies können wir jedoch nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter austragen.

#### Schluss:

Die CDU-Fraktion hat insgesamt im Haushalt für das Jahr 2012 Kürzungen und Einnahmeverbesserungen von 6,3 Mio. Euro und für das Jahr 2013, wenn es denn beraten worden wäre, 19,6 Mio. Euro beantragt. Dahingegen halten sich unsere Mehrausgaben für Zuschüsse an Vereine, Organisationen und Verbände sowie verschiedene einzelne Maßnahmen sehr im Rahmen mit rund 624.000,00 Euro an zusätzlichen Ausgaben im Jahr 2012. Ich denke, wir sind damit unserem eigenen Anspruch gerecht geworden. Ich will hier nur einen Punkt hervorheben, der mir persönlich sehr wichtig ist:

Das ist der Zuschuss von 90.000,00 Euro zum Kauf des Gemeindehauses in Neckargartach durch den Arbeitskreis Heimat und Kultur. Dieser Arbeitskreis macht seit vielen Jahren eine gute

kontinuierliche ehrenamtliche Arbeit. Das ehemalige Gemeindehaus ist ein Bestandteil dieser Arbeit für das gesamte Kultur- und Vereinsleben in Neckargartach. Wenn sich nunmehr hier einmalig die Chance ergibt, dieses mit einem relativ geringen Betrag von 90.000,00 Euro für den Stadtteil zu sichern, so sollte man hier zugreifen, auch außerhalb irgendwelcher Förderrichtlinien.

Und wir stellen einen weiteren Antrag, dass nämlich am Ende der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2012, falls es nach allen Einsparungen, nach allen Einnahmeverbesserungen noch zu einer Unterdeckung im Haushalt kommen sollte, dies nicht durch eine Neuverschuldung, sondern durch eine Entnahme aus den Rücklagen gedeckt wird. Rücklagenentnahme geht bei uns vor einer Neuverschuldung. Auch diesen Antrag haben wir eingebracht. Wir können ihn momentan zahlenmäßig nicht fassen, da keiner weiß, was am Ende des Abstimmungsergebnisses hier im Gemeinderat herauskommen wird.

Abschließend möchte ich nochmals alle auffordern, im Jahr 2012 dazu beizutragen, die BuGa vom Kopf auf die Füße zu stellen und möglich zu machen. Dies wird nur gelingen, wenn wir ein tragfähiges Finanzkonzept für die Bundesgartenschau und den städtischen Haushalt bis zum Jahr 2019 und den Folgejahren aufweisen können. Wir fordern die Verwaltung auf, ein solches Gesamtkonzept BuGa bis 2020, einschließlich den Durchführungshaushalt bis Mitte nächsten Jahres vorzulegen.

Ich wiederhole nochmals:

Eine Finanzierung der BuGa über eine ausufernde Neuverschuldung zu Lasten zukünftiger Generationen wird die CDU-Fraktion nicht mittragen. Ich bin mir auch sicher, dass dies niemand im Rathaus will. Deshalb gilt es im Jahr 2012 die Entscheidungen dafür zu treffen. Und wenn der bisherige Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013 ein gutes hat, dann ist es vielleicht das, dass uns allen die Ernsthaftigkeit und die Schwierigkeit dieser Aufgabe nochmals vor Augen geführt wurde.

Herzlichen Dank.